



Niederschrift

über die 4. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 16.10.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Anne Bauer

Herbert Beckmann

Harald Heinz-Peter Benoit

Helmut Bornträger

Walter Buchholz

Pascal Dahler

Barbara Danner-Schmidt

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein

Rolf Franzen

Klaus Fuhrmann

(bis 19:35 Uhr, TOP I/14)

Dr. Christoph Gensch

Heinrich Grim

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Thomas Körner

Patrick Lang

Gerhard Maurer

Elisabeth Metzger

Stéphane Moulin

Dagmar Pohlmann

Dr. Norbert Pohlmann

Christina Rauch

Walter Rimbrecht

(bis 19:35 Uhr, TOP I/14)

Bernd Ringle

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Frank Schmid
Aaron Schmidt (bis 19:35 Uhr, TOP I/14)
Klaus Peter Schmidt
Dirk Schneider
Sara-Kim Schneider
Dr. Ulrich Schüler
Pervin Taze
Theresa Wendel
Verena Wilhelm

Protokollführung

Alessa Buchmann
Ferdinand Emser

von der Verwaltung

Carolin Ahring
Werner Boßlet
Heinz Braun
Werner Brennemann
Dr. Annegret Bucher
Petra Buchmann
Benedikt Burkey
Martin Deller
Dr. Julian Dormann
Tim Edinger
Harald Ehrmann
Jörg Eschmann
Dr. Charlotte Glück
Johannes Kuhn
Christian Michels
Jörg Müller

Gäste

Fabian Kirsch (Städtetag RLP)

Abwesend:

Stadtvorstand

Beigeordneter Henno Pirmann

Ratsmitglieder

Kurt Dettweiler
Atilla Eren
Thorsten Gries
Achim Ruf
Gertrud Schiller

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Tagesordnung

- 1 Kommunal- und Verwaltungsreform;
Information von Herrn Direktor Kirsch, Städtetag Rheinland-Pfalz
- 2 Information zu einem möglichen neuen Baugebiet
- 3 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen
Vorlage: 20/1556/2019
- 4 Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
Vorlage: 20/1518/2019
- 5 Übertragung von Ermächtigungen zu Gunsten des Haushaltsjahres 2019
gem. § 17 Abs. 5 GemHVO
Vorlage: 20/1499/2019
- 6 Einrichtung Festhalle Zweibrücken
1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO
2. Entlastung des Oberbürgermeisters für den Jahresabschluss 2018 gem. § 37 Abs. 1 EigAnVO
3. Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2019 gem. § 89 Abs. 2 GemO
Vorlage: 20/1505/2019
- 7 Vergabe von Leistungen im Rahmen der Förderprogramme „Aktive Stadt – Innenstadt/Stadtzentrum“
Vorlage: 60/1559/2019
- 8 Erhalt der ostdeutschen Heimatstuben
Antrag der Fraktion der CDU
Vorlage: 10/1536/2019
- 9 Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes;
Antrag der Fraktion der CDU
Vorlage: 10/1537/2019
- 10 Information zum Zustand der Wälder auf städtischer Gemarkung;
Antrag der Fraktion der CDU
Vorlage: 10/1540/2019
- 11 Erstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit
Vorlage: 10/1555/2019
- 12 Änderung von Satzungen und der Geschäftsordnung
Vorlage: 30/1522/2019
- 13 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden
Vorlage: 10/1535/2019

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

- 14** Anfragen von Ratsmitgliedern
- 15** Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 1: **Kommunal- und Verwaltungsreform;**
(öffentlich) **Information von Herrn Direktor Kirsch, Städtetag Rheinland-**
 Pfalz

Zu Beginn erklärt der Vorsitzende die Historie der Kommunal- und Verwaltungsreform, im Zuge derer Zweibrücken seine Kreisfreiheit verlieren sollte.

Im Anschluss begrüßt er Herrn Kirsch als Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz.

Herr Kirsch erklärt anhand einer Präsentation, die der Sitzung im Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt ist, den Hergang, den aktuellen Stand und den zukünftigen Verlauf des Reformprozesses sowie mögliche Vor- und Nachteile, die mit der Gebietsreformation einhergehen.

In der anschließenden Diskussion spricht sich Ratsmitglied Rimbrecht gegen die Kommunal- und Verwaltungsreform aus und erinnert, dass eine Verwaltungsvereinfachung in vielen Fällen zu komplizierteren Prozessen führt.

Ratsmitglied Dr. Schüler spricht sich ebenfalls gegen die Reform aus und kritisiert, dass den Gutachten zum Teil Daten ohne lokalen Bezug zu Grunde lägen. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass durch den Wegfall einer Verwaltungsebene auch Bürgernähe verloren ginge.

Ratsmitglied Moulin regt an, an Stelle einer solchen Zwangsreform verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen. Er spricht sich ebenfalls gegen die Kommunal- und Verwaltungsreform aus.

Auf Rückfrage von Ratsmitglied Kaiser führt Herr Kirsch aus, dass ein möglicher Lösungsansatz die Diskussion mit den Entscheidungsträgern (Landtagsabgeordneten) sei. Des Weiteren müsse geprüft werden, ob das Gutachten die lokalen Gegebenheiten in Zweibrücken genügend berücksichtige. Ein weiterer Ansatz könne sein, die Bevölkerung zunächst über die Reform zu informieren und im Anschluss daran eine Bürgerbefragung durchzuführen.

Der Vorsitzende ergänzt daraufhin, dass sich die von der Reform betroffenen Städte in engem Austausch befänden und in diesem Kreis auch Lösungsstrategien ausgearbeitet würden.

Ratsmitglied Dr. Gensch zeigt sich kritisch gegenüber den genannten Gründen und Vorteilen der Reform. Er kritisiert, dass die Fusionsrendite zum einen zu gering sei und zum anderen nicht mit Sicherheit eintrete.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann betont, dass interkommunale Zusammenarbeit eine mögliche Lösung für die Reform sei. Zudem gibt er zu Bedenken, dass Zweibrücken durch die Reform zum Grenzgebiet werde.

Ratsmitglied Dirk Schneider gibt zu bedenken, dass es bereits Erfahrungen mit der interkommunalen Zusammenarbeit gebe. Er verweist auf die Anfrage der Landtagsabgeordneten Dr. Gensch und Dr. Ganster aus dem Jahr 2016 zu dem 25-Punkte Programm der Landesregierung. Bislang seien hieraus nur ungefähr ein Drittel der Maßnahmen umgesetzt worden. Als Beispiel für die Interkommunale Zusammenarbeit in der Region führt er die beim ZEF geleistete Arbeit an, welche noch erweiterungsfähig sei. Das

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Gutachten beinhalte zudem keine Überlegungen der Angliederung der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land an die Stadt. Er führt aus, dass die nächsten Landtagswahlen der Schlüssel für den weiteren Lauf der Reform seien, da der Landtag über die Reform entscheide. Der Stadtrat habe somit nur begrenzten Einfluss. Eine Möglichkeit sei, die Bürger dahingehend zu sensibilisieren. Im Weiteren sei die gemeinsame Zulassungsstelle bereits durch die vom Bund ausgehende Digitalisierung überholt und könne wegfallen.

Ratsmitglied Buchholz spricht sich ebenfalls für mehr Bürgernähe aus.

Ratsmitglied Franzen bedankt sich zunächst bei Herrn Kirsch. In Rheinland-Pfalz gebe es viele große Städte, die einem Landkreis angehören. Auch würden durch die Einkreisung weder der Posten des Oberbürgermeisters, noch das Jugend- oder Sozialamt wegfallen. Diese würden wieder auf die kreisangehörigen Städte delegiert. Dennoch spreche er sich gegen eine Fusion aus, da für ihn keine Vorteile erkennbar seien. Des Weiteren seien die Gutachter von einer Gebietsreform ausgegangen die auf Einwohnerzahlen basiere und nicht darauf, was sinnvoll für die Bürger wäre. Mit der Reform seien auch Nachteile, beispielsweise längere Wege oder die Zahlung einer Umlage verbunden. Er könne sich mit einer Reform anfreunden, wenn auch die Schulden innerhalb des Bereiches verteilt würden. Falls dies aber nicht geschehen solle, seien für ihn keine Vorteile ersichtlich. Er könne die Reform also nicht mittragen. Zudem sei der Ansatz „Stadt-Kreis-Modell“ im Gutachten auf wenigen Seiten abgehandelt. Mit diesem könne er sich allerdings anfreunden, da Zweibrücken so ein entsprechendes Umland bekäme und die Leute aus dem Umland in die Stadt Zweibrücken kommen würden. Außerdem sei aber zu bedenken, falls die Debatte in den Landtag getragen werde, dass der Landtag hauptsächlich aus Landkreisabgeordneten bestehe, nicht aus städtischen Abgeordneten. Zuletzt sei es auch Sache des Oberbürgermeisters, die Ratsmitglieder über aktuelle Entwicklungen zu unterrichten.

Verteiler:

I
II
III
10

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 2: Information zu einem möglichen neuen Baugebiet (öffentlich)

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat anhand einer Präsentation, die der Sitzung als Anlage im Ratsinformationssystem angehängt ist, über den Standort eines möglichen Baugebiets am Kirchberg im Stadtteil Ixheim.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann führt im Anschluss an die Präsentation aus, dass die Fraktion der Grünen die Pläne nicht befürworten. Er verweist auf die Beschlusslage, wonach zunächst bestehende Baulücken zu schließen seien und bestehende Bausubstanz saniert und weitergenutzt werden solle. Dies sei vor dem Hintergrund der Bodenversiegelung und der Ausweitung der Infrastruktur zu betrachten. Auch sei der Wegfall von Natur bei der Erschließung neuer Baugebiete zu beachten. Man sei mit dieser Strategie auf einem guten Weg, da man aktuell Bauplätze für junge Familien, beispielsweise in Mittelbach, Mörsbach und Oberauerbach geschaffen habe. Seinem Eindruck nach stünden nicht alle Grundstücke dem Markt zur Verfügung und die Nachfrage nach Grundstücken übersteige das Angebot. Zudem sei kritisch zu prüfen wie ein neues Baugebiet zu konzipieren sei und an welchen Ort es anzubinden sei. Außerdem seien die ökologischen und energetischen Anforderungen des Bebauungsplans sowie die zukünftige Bebauung zu definieren. Bevor die Konkretisierung der Pläne nicht abgeschlossen sei, sei die Fraktion der Grünen nicht gänzlich gegen das Baugebiet, zumal es Argumente für das Wohngebiet, wie beispielsweise die Nähe zum Stadtteil Ixheim, gebe.

Ratsmitglied Dr. Schüler spricht sich für das Baugebiet aus und fragt an, ob die Fläche hinter dem Sportplatz des SV Ixheim entlang der Mühlbergstraße in die Konzeption des Baugebietes mit einbezogen werden könne.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies nicht vorgesehen sei.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass die Verdichtung der Innenstadt für sie Vorrang habe.

Herr Boßlet vom UBZ erklärt, dass die Bauplätze in einem Jahr zur Verfügung stünden.

Ratsmitglied Moulin führt aus, er verstehe die Skepsis gegenüber dem Baugebiet, dennoch sei die Fraktion der SPD für das Baugebiet. Zwar seien noch Fragen betreffend der Erschließung, der Zufahrt zum Baugebiet, der Funktion als Frischluftschneise sowie die Größe der Baugrundstücke offen, allerdings seien dies Punkte, die in der weiteren Planung geklärt würden. Zudem sei das Baugebiet ein Kompromiss, da zwar Baulücken geschlossen werden sollen, dennoch sei das Baugebiet eine Abrundung des Stadtgebiets. Zudem sei die Notwendigkeit, Baumöglichkeiten zu schaffen, unstrittig, allerdings seien bereits konkrete Beschlüsse, beispielsweise die Abrundung des Baugebiets in Niederauerbach, gefasst wurden, die auch umgesetzt werden sollten. Ansonsten sei die städtische Realisierung des Baugebiets sinnvoll, da so auch sichergestellt werden könne, dass die Grundstücke auch bebaut werden. Das Baugebiet sei alles in allem nur zu begrüßen.

Ratsmitglied Rauch begrüßt den positiven Effekt für den Garten Rücker, bittet aber auch Aspekte der Nachhaltigkeit in die Konzeption des Baugebiets einzubeziehen.

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Auch Ratsmitglied Benoit steht dem Baugebiet positiv gegenüber, regt allerdings an, den Verkehr entlang der Kirchbergstraße, der durch das Baugebiet entstehen könne, zu regulieren.

Auch Ratsmitglied Dr. Gensch unterstreicht den Attraktivitätsgewinn, der mit einem solchen neuen Baugebiet einhergehe.

Ratsmitglied Franzen führt an, dass die Lage des Baugebiets gut sei, allerdings sei kritisch zu betrachten, dass der Horizont nicht zugebaut werden solle. Nach der Planskizze werde die Bebauung nach oben hin an der Kirchbergstraße enden, was seiner Meinung nach zu hoch sei im Vergleich zu anderen Neubaugebieten. Es sei zu prüfen, ob das Baugebiet nicht oberhalb der Kirche zu erweitern sei. Würde das Baugebiet wie geplant nach oben in Richtung der Kirchbergstraße verlaufen, würde gleichzeitig auch die umschlossene Form wieder verlassen. Zudem sei die Klamm oberhalb des Sportplatzes in Ixheim unwegsames Gelände und eine Einfallschneise für Kaltluft. Eine Bebauung sei deshalb schwierig.

Auch Ratsmitglied Dirk Schneider sieht die Notwendigkeit einer solchen Höhenlinie und schlägt vor, die Grundstücke mit einer Bauverpflichtung zu versehen.

Im Anschluss an die Diskussion sagt der Vorsitzende zu, die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bauausschuss zu behandeln.

Verteiler:

I

60

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 3: **Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen**
(öffentlich) **Verpflichtungsermächtigungen**
 Vorlage: 20/1556/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
20

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 4:
(öffentlich)

**Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des
Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
Vorlage: 20/1518/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Dr. Dormann von der Kämmerei unterrichtet den Stadtrat anhand einer Präsentation, die der Sitzung im Ratsinformationssystem als Anlage angehängt ist, über den Stand des Haushaltsvollzuges

Verteiler:
20

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 5:
(öffentlich)

**Übertragung von Ermächtigungen zu Gunsten des Haushaltsjahres
2019
gem. § 17 Abs. 5 GemHVO
Vorlage: 20/1499/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Aus dem Haushaltsjahr 2018 werden Ermächtigungen für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 737.922,83 €, und für ordentliche Aufwendungen in Höhe von 87.256,36 € auf das Jahr 2019 übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
20

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 6:
(öffentlich)

Einrichtung Festhalle Zweibrücken

- 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO**
 - 2. Entlastung des Oberbürgermeisters für den Jahresabschluss 2018 gem. § 37 Abs. 1 EigAnVO**
 - 3. Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2019 gem. § 89 Abs. 2 GemO**
- Vorlage: 20/1505/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Im Anschluss fasst der Stadtrat ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Einrichtung Festhalle Zweibrücken gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO:

Die Bilanzsumme beträgt 10.428.300,48 €.

Die Jahreserfolgsrechnung für das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit folgendem Ergebnis ab:

-677.301,82 € Jahresverlust.

Der Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der kassenwirksame Verlustanteil von 243.418,80 € für das Wirtschaftsjahr 2018 wird im Wirtschaftsjahr 2019 ausgeglichen.

2. Dem Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken wird für den Jahresabschluss 2018 der Einrichtung Festhalle Entlastung erteilt.
3. Zur Abschlussprüfung für den Jahresabschluss 2019 der Einrichtung Festhalle wird die BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Frankfurt/Main, bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

Stadtwerke

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 7: **Vergabe von Leistungen im Rahmen der Förderprogramme**
(öffentlich) **„Aktive Stadt – Innenstadt/Stadtzentrum“**
 Vorlage: 60/1559/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Die Inhouse-Vergabe sei geprüft und rechtssicher.

Daraufhin fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Beauftragung der GeWoBau zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
60
GeWoBau

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 8: **Erhalt der ostdeutschen Heimatstuben**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der CDU**
 Vorlage: 10/1536/2019

Der Vorsitzende erteilt Ratsmitglied Dr. Gensch das Wort.

Dieser verweist auf den Antrag. Er führt weiterhin aus, dass die Sammlung auf Grund ihrer Bedeutung in der Geschichte Zweibrückens erhaltenswert sei. Zudem konkretisiert er, der Antrag zielt nicht auf den Kauf oder die weitere Ausstellung der Sammlung ab. Vielmehr solle die Sammlung für künftige Generationen erhalten werden. Ratsmitglied Dr. Gensch regt weiterhin an, den Bezirksverband Pfalz zu kontaktieren, um Fördermittel aus dem Projekt „Die Pfalz als Ein- und Auswanderungsland“ zu beantragen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann regt an, die Sammlung der Ostdeutschen Heimatstuben in eine andere Sammlung zu integrieren, da nur wenige Stücke einen direkten Bezug zu Zweibrücken haben.

Ratsmitglied Kaiser spricht sich für den Antrag der CDU aus. Sie unterstreicht die Bedeutung der Sammlung in Sachen Migration und bittet, das weitere Vorgehen mit dem Landesarchiv in Speyer abzustimmen.

Daraufhin unterbreitet der Vorsitzende den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag in den Kulturausschuss zu verweisen und weiterhin einen Ortstermin zur Begehung der Sammlung durchzuführen.

Ratsmitglied Moulin erörtert, dass der Bezirksverband Pfalz wegen des überregionalen Bezuges der Ausstellung auch an deren Erhalt beteiligt werden sollte.

Daraufhin führt Frau Dr. Glück vom Stadtmuseum aus, dass das Interesse an der Sammlung in den letzten Jahren stark zurückgegangen sei. Sie erklärt, dass es zwar durchaus Stücke mit Zweibrücker Bezug in der Sammlung gebe, diese allerdings lediglich einen Bruchteil ausmachen. Diese sollten nach Möglichkeit im Stadtmuseum gelagert werden.

Ratsmitglied Buchholz spricht sich im Anschluss für den Erhalt der Sammlung aus.

Am Ende der Diskussion fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Der Antrag zum Erhalt der Ostdeutschen Heimatstuben wird zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss verwiesen.
2. Vor der Sitzung des Kulturausschusses am 20.11.2019 findet eine Begehung der Sammlung durch den Stadtrat statt.

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10

41

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 9: **Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes;**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der CDU**
 Vorlage: 10/1537/2019

Zu Beginn erläutert Ratsmitglied Rauch den Antrag. Demnach solle den Ratsmitgliedern in der nächsten Stadtratssitzung am 13.11.2019 das Konzept vorgestellt werden. Zudem regt sie die Fortschreibung des Konzepts sowie die permanente Information des Rats über den Sachstand des Konzeptes an.

Ratsmitglied Schneider spricht sich für konkrete Zielsetzungen in Sachen erneuerbarer Energien aus. Weiterhin schlägt er vor, Mieterstrom-Modelle in Zweibrücken einzuführen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich für den Antrag aussprechen werden. Allerdings plädiere er für eine konstante Umsetzung des Konzeptes.

Ratsmitglied Moulin schließt sich dem Antrag an, erinnert aber, dass Maßnahmen für die Bürger auch bezahlbar bleiben sollten.

Sodann fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Dem Stadtrat wird in der nächsten Sitzung am 13.11.2019 das Energie- und Klimaschutzkonzept vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:
Amt 60
Stadtwerke

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 10: **Information zum Zustand der Wälder auf städtischer Gemarkung;**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der CDU**
Vorlage: 10/1540/2019

Ratsmitglied Dr. Gensch erläutert den Antrag. Demnach solle der Stadtrat in der nächsten Sitzung am 13.11.2019 über den Zustand der Wälder auf städtischer Gemarkung informiert werden. Dies sei notwendig, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Wälder zu ergreifen.

Der Vorsitzende merkt an, dass ein Informationspunkt in der heutigen Sitzung nicht mehr zu realisieren gewesen sei.

Ratsmitglied Danner-Schmidt spricht sich für den Antrag und die Wichtigkeit des Waldes aus.

Ratsmitglied Moulin stimmt dem Antrag ebenfalls zu, allerdings empfiehlt er, den Termin erneut im Ältestenrat zu besprechen. Ratsmitglied Dr. Gensch ist damit einverstanden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, das Forstamt zu beauftragen, den Zweibrücker über den Zustand der Wälder auf städtischer Gemarkung zu informieren. Über den Zeitpunkt der Information wird im nächsten Ältestenrat beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 11: **Erstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen
(öffentlich) Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit
Vorlage: 10/1555/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt folgenden Vorschlägen für die Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit zu:

1. Ratsmitglied Elisabeth Metzger (für das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz)
2. Frau Lisa Obenauer, Bliestalstr. 36, 66482 Zweibrücken (für das Sozialgericht in Speyer)
3. Ratsmitglied Ingrid Kaiser (für das Sozialgericht in Speyer)

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1.2

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 12: **Änderung von Satzungen und der Geschäftsordnung**
(öffentlich) **Vorlage: 30/1522/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

1. Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken vom 23.09.1994, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.11.2018 (Anlage 1a) wird als Satzung beschlossen.
2. Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Zweibrücken (Anlage 2a) wird beschlossen.
3. Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf der Zuständigkeitsordnung der Stadt Zweibrücken (Anlage 3a) wird beschlossen.
4. Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf der Satzung zur Neufassung der Satzung der Stadt Zweibrücken über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration (Anlage 4) wird als Satzung beschlossen.

-

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10

10.1.1

30

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 13: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/1535/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme folgender Spenden wird zugestimmt:

1. Der Förderverein Stadtmuseum e.V., c/o Hans-Peter Philipp spenden für den Bestand des Stadtmuseums einen Silberpokal aus dem Jahr 1841 im Wert von 508,00 €.
2. Für die Planung, Anfertigung, Montage und Aufstellung von zwei Storchennestern erhält der Ortsbezirk Mittelbach folgende Spenden:
 - a) Erstellung technischer Zeichnungen (Stahlkörbe) 500 €
durch Ing. Büro Dettweiler; Leistungswert geschätzt
 - b) Herstellung der Stahlkörbe mit „Geländer“ durch 1.000 €
Fa. Mittelbacher Werkzeugbau GmbH;
 - c) Montage der Stahlkörbe auf Holzmasten mit Steiger 300 €
durch Fa. SL Forst GbR;
Leistungswert geschätzt
 - d) Aufstellung der Holzmasten durch Fa. SAG GmbH;
Übernahme der Rechnung durch den TTC 1970 Mittelbach e.V. 2.380 €
3. Der Deutsche Kinderschutzbund spendet dem Jugendamt 350,00 € für die Herbstfreizeit in Hamburg.
4. Die Bitburger Braugruppe GmbH spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 2.000,00 € für das Zweibrücker Stadtfest 2019.
5. Die Park & Bellheimer Brauerei Pirmasens spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 1.500,00 € für das Zweibrücker Stadtfest 2019.
6. Die Karlsberg Brauerei GmbH spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 2.500,00 € für das Zweibrücker Stadtfest 2019.
7. Die Schüler des Helmholtz-Gymnasiums Zweibrücken (Projekt: Dance for tolerance) spenden dem Jugendamt 1.000,00 € für die Spiel- und Lernstuben der Stadt Zweibrücken.
8. Herr Heinrich Lehn, Quartier am Elbepark, spendet dem Stadtmuseum einen repräsentativen Schrank aus dem 18. Jahrhundert im Wert von 10.000,00 €.

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1.2

20

41

51

60

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Punkt 14: Anfragen von Ratsmitgliedern **(öffentlich)**

1. Anfrage von Ratsmitglied Danner-Schmidt

Zustand des Waldes auf Zweibrücker Gemarkung

1. Die im Oktober 2007 von der Bundesregierung verabschiedete nationale Strategie zur biologischen Vielfalt sieht vor, bis zum Jahr 2020 fünf Prozent der Waldfläche Deutschlands einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen zehn Prozent des öffentlichen Waldes dauerhaft aus der forstlichen Nutzung genommen werden.
Wie weit ist man damit in Zweibrücken? Und welche Erfahrungen hat man damit gemacht?
2. Wie viel Holz wird eingeschlagen und ist dies wirtschaftlich lohnend? Erscheint es sinnvoll, Alternativen zur bisherigen Bewirtschaftung (nämlich naturnahen Wald) zu prüfen?
3. Besteht die Perspektive, aus dem 800—Millionen—Soforthilfe-Programm für den Wald, das vom Bundes—Landwirtschaftsministerium aufgelegt wurde, Mittel zu erhalten? Gibt es bereits Anstrengungen, Mittel aus dieser Initiative für Zweibrücken verfügbar zu machen?
4. Kleinstwaldbesitzer werden ihren Wald kaum wirtschaftlich nutzen können und nutzen ihn auch wenig. Welche Ansätze sind denkbar, diese Waldstücke zusammenzuführen um größere, evtl. gesündere Waldbestände zu schaffen? Wie lassen sich Kleinwaldbesitzer ggf. motivieren, den Privatwaldbetreuer anzusprechen, um Schäden durch Trockenheit / Insektenbefall zu vermeiden und ggf. mit klimastabilen Bäumen aufzuforsten?
5. Könnte man dafür Mittel aus dem Waldklimafonds der Bundesregierung einsetzen?
6. Wie groß sind die Anteile der Waldflächen im Stadtgebiet? (Staatwald, Privatwald, Stadtwald). Wer sind die vornehmlichen Privatwald-Eigentümer (Kirche etc.?) und wie ist die flächenmäßige Aufteilung der Privatwälder?
7. Sind Zweibrücker Waldflächen FSC-zertifiziert?
8. Welche Baumarten kommen im Zweibrücker Wald vor und wie sind sie verteilt? (Anteil Fichtenbestände?)
9. Welche Schädlinge sind im Zweibrücker Wald insbesondere anzutreffen und welche Baumarten sind vornehmlich befallen? Ist davon auszugehen, dass sich die Situation im Privatwald nicht wesentlich von der auf öffentlichen Waldflächen unterscheidet?
10. Wie viel Prozent des Stadtwaldes sind von Schäden betroffen? Wie groß sind die betroffenen Flächenanteile im Vergleich zu Staatsforst und Privatwald?

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

11. Wie hoch ist der Schaden durch die Trockenheit?
12. Existieren Angaben zu möglichen verschiedenen Stufen von Schädigungen?
13. Welche Perspektiven hat der Zweibrücker Wald? Wie weit ist die Umstellung auch temperatur- und trockenheitstolerante Baumarten erfolgt und in welchen Zeiträumen wird hiergedacht? Welche Baumarten kommen dabei vorwiegend zum Einsatz?

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2. Anfrage von Ratsmitglied Rimbrecht

2.1 Photovoltaikanlage an Lärmschutzwand

Ratsmitglied Rimbrecht fragt an, ob es möglich sei, in die geplante Lärmschutzwand an der Stadtautobahn Photovoltaikanlagen zu integrieren.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2.2 Ärztenetzwerk

Bezüglich des Ärztenetzwerks erbittet Ratsmitglied Rimbrecht folgende Auskünfte:

1. Welche Ergebnisse haben die 15000€ für ein halbes Jahr und der Beitritt zum Ärztenetzwerk Südwest für die Stadt Zweibrücken gebracht? Wie ist es nach dem halben Jahr weitergegangen?
2. Warum kam die Angelegenheit nach Ablauf der Zeit nicht in den Stadtrat?
3. Warum wurde kein Vertreter des Ärztenetzwerkes Zweibrücken in den Stadtrat eingeladen?
4. Wie wurden die 15000€ haushaltsmäßig behandelt?
5. Ist inzwischen geklärt, ob es sich bei dem Beitritt zu einem Netzwerk tatsächlich um eine „Vergabe“ im Sinne der Hauptsatzung handelt? Welche Haushaltsposition war dafür im Vorfeld vom Stadtrat beschlossen worden?
6. Wie ist die aktuelle Auslegung der Hauptsatzung in dieser Frage durch die Kommunalaufsicht?

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass Herr Dr. David vom Ärztenetzwerk Zweibrücken in der nächsten Sitzung des Stadtrats über die Perspektive des Ärztenetzwerks Zweibrücken referieren wird. Die weitere Beantwortung erfolgt ebenfalls im Rahmen dieses Vortrages.

3. Anfrage von Ratsmitglied Düker

Kreuzung von L471 und Autobahnabfahrt Zweibrücken Mitte

Ratsmitglied Düker mahnt zunächst die verblassten Fahrbahnmarkierungen an der genannten Kreuzung sowie die schlechten Lichtverhältnisse in der Unterführung an. Daraufhin fragt er an, ob es in Zusammenarbeit mit dem LBM möglich sei, die Autobahnunterführung erneut weiß zu streichen, um den Gegenverkehr besser erkennen zu können und so das Gefahrenpotenzial zu minimieren.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

4. Anfrage von Ratsmitglied Bauer

Wanderbaustelle auf dem Radweg an der L465 zwischen Mittelbach und Ixheim

Ratsmitglied Bauer führt an, dass der Rad- bzw. Fußweg neben der L465 durch eine Wanderbaustelle für Fußgänger und Radfahrer nicht passierbar sei. Sie fragt an, wann ein Abschluss der Baumaßnahmen geplant sei. Zudem interessiert sie, welche Maßnahmen zur Sicherung der Fußgänger und Radfahrer ergriffen würden.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

5. Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider

5.1 Fahrzeugverleih am Minigolfplatz

Ratsmitglied Schneider erbittet sich folgende Informationen darüber, ob die Kinderspielfahrzeuge des Jugendamts der Stadt Zweibrücken für einen Fahrzeugverleih am Minigolfplatz / Bootssteg bereitgestellt werden?

Antwort der Verwaltung:

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

5.2. Digitalisierung der VHS Zweibrücken

Ratsmitglied Schneider fragt an, ob die Leitung der Volkshochschule Zweibrücken künftig an der Digitalisierungsplanung künftig teilnehmen könne.

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Gauf führt zunächst aus, dass nach Auskunft der Investitions- und Strukturbank Volkshochschulen im Digitalpakt nicht vorgesehen und damit nicht förderfähig sind. Die weitergehende Beantwortung erfolgt schriftlich.

6. Anfrage von Ratsmitglied Dr. Schüler

Radwegesituation in der Homburger Straße

Dr. Schüler lobt die Verwaltung für die zügige Lösung in Bezug auf die Radwegesituation in der Homburger Straße.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende zeigt sich erfreut und sagt zu, den Lob an die zuständige Stelle weiterzugeben.

6. Anfrage von Ratsmitglied Kaiser

6.1 Ablagerungen auf dem Fasanerieparkplatz:

Ratsmitglied Kaiser erbittet Informationen über die Ablagerungen auf dem unteren Parkplatz der Fasanerie. Dazu wolle sie wissen, wer die Ablagerung veranlasst hat und wie es damit weitergehe. Zudem interessiere sie, wer Eigentümer des Parkplatzes sei.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

6.2 Sachstand Umbau alte Feuerwache am Helmholtz-Gymnasium

Nachdem sich die Arbeiten auf dem Grundstück der alten Feuerwehr verzögert haben, interessiert Ratsmitglied Kaiser, wie der Stand in Sachen Neubau sei.

Antwort der Verwaltung:

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Herr Michels vom Bauamt führt aus, dass Anfang Oktober die Genehmigung der SGD zum Bauvorhaben erteilt wurde. Sodann sei veranlasst worden, dass die Rohbauarbeiten zeitnah beginnen. Herr Michels sagt zudem den Baubeginn in der 43. Kalenderwoche 2019 zu. Im Anschluss ergänzt der Vorsitzende, dass das Helmholtz-Gymnasium permanent über den Stand der Dinge informiert war.

7. Anfrage von Ratsmitglied Buchholz

Richtlinie zur Verhütung und Vermeidung von Korruption der Stadt Zweibrücken

Die von der AFD eingereichte Anfrage umfasst folgende Fragen sowie einen Vorschlag für eine solche Richtlinie:

1. Die AFD fordert, wie im Entwurf beschrieben, die Installation eines Antikorruptionsbeauftragten.
2. Die AFD fordert weiterhin die Benennung eines unabhängigen Vertrauensanwalts als außerbehördliche Anlaufstelle bei Korruptionsverdacht.

Antwort der Verwaltung:

Frau Dr. Bucher vom Rechtsamt erklärt, dass eine Dienstanweisung der Stadt Zweibrücken bereits existiere. Der Vorsitzende sagt zu, die Dienstanweisung zur Verfügung zu stellen.

8. Anfrage von Ratsmitglied Franzen

Verkehrssituation am Überflieger

Ratsmitglied Franzen erläutert zunächst die aktuelle Situation am Überflieger. Demnach halte er ein „Vorfahrt gewähren“-Schild an dieser Stelle für angemessen. Er bittet zu prüfen ob es möglich ist, die jetzigen Stop-Schilder durch die erwähnten „Vorfahrt gewähren“-Schilder zu ersetzen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sagt zu, dieses Thema bei einem Treffen mit Vertretern des LBM am 6. November 2019 anzusprechen.

Verteiler:

I	51
II	60
10	UBZ
30	GeWoBau
40	

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

**Punkt 15: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
(öffentlich)**

Der Vorsitzende gibt die im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Einer Einstellung wurde zugestimmt
2. Einer Beförderung wurde zugestimmt

4. Sitzung des Stadtrates am 16.10.2019

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:59 Uhr.

Der Vorsitzende

Dr. Marold Wosnitza
Oberbürgermeister

Die Schriftführer

Alessa Buchmann

Ferdinand Emser